

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unjeren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen...

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unjeren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen...

Posener Zeitung

Hundertundzweiter Jahrgang.

Verantwortlicher Redakteur: G. Wagner in Posen. Redaktions-Sprechstunde von 9-11 Uhr Vorm.

Inserate, die sechsgepostete Zeitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an bezugsloser Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Morgenausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Verantwortlich für den Inseratenteil: W. Braun in Posen.

Fernsprech-Anschluß Nr. 102.

Nr. 331

Montag, 13. Mai.

1895

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal, an den auf die Sonn- und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, für auswärts 5,45 M. Bestellungen nehmen alle Anzeigenstellen der Zeitung sowie die Postämter des Deutschen Reichs an.

Inserate, die sechsgepostete Zeitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an bezugsloser Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Morgenausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Deutscher Reichstag.

90. Sitzung vom 11. Mai, 1 Uhr. (Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die zweite Berathung der Umsturzvorlage wird fortgesetzt bei § 112.

§ 112 des bestehenden Strafgesetzbuchs bestimmt, daß die Aufzucht oder Anreizung einer Person des Soldatenstandes zum Ungehorsam resp. die Aufzucht und Anreizung, einer Einberufung zum Dienst nicht zu folgen, mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft wird. Die Regierungsvorlage hatte vorgeschlagen, diese Bestimmung auch auf Personen des Landsturms auszudehnen, und außerdem zwei neue Zusätze vorgeschlagen: 1. Gefängnis von einem Monat für das Unternehmen der Verleitung von aktiven Angehörigen des Heeres und der Marine zur Theilnahme an Bestrebungen, welche auf gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsordnung gerichtet sind. 2. Zuchthaus bis zu 5 Jahren und ev. Zulässigkeit von Polizeiaufsicht, wenn der Thäter in der Absicht gehandelt hat, ein bestimmtes auf gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsordnung gerichtetes Verbrechen zu fördern.

Die Kommission hat an die Stelle dieser beiden Zusätze folgende Bestimmung gesetzt: „Wer in der Absicht, die militärische Zucht und Ordnung zu untergraben, durch Wort, Schrift, Druck oder Bild gegenüber einem Angehörigen des aktiven Heeres oder der Marine das Verächtlich machen, oder zur Verletzung der auf die Verwendung der bewaffneten Macht im Frieden oder Krieg sich beziehenden militärischen Dienstpflichten auffordert oder anreizt, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft.“

Die Abge. Gaußmann (Südd. Volksp.), Leuzmann, Munkel, Träger (Freil. Volksp.) beantragen in dem Kommissionsbeschluss die Worte „das Heer oder die Marine oder Einrichtungen derselben verächtlich macht oder“ zu streichen.

Abg. Gaußmann (Südd. Volksp.): Es wäre sehr zu wünschen, daß § 112 das gleiche Schicksal wie § 111 erleidet, durch dessen Fall die erste große Breche in das Gesetz gelegt worden und der unter der Heiterkeit des Hauses Punkt für Punkt abgelehnt worden ist. Die Regierung hat mitgeholfen, diesen Erfolg herbeizuführen, wenn von einem der Regierungsvertreter die Beweismittel, welche für die Vorlage angeführt wurden, als Aeußerungen des Böhsinns bezeichnet worden sind. (Sehr wahr! links.) Ein anderer Regierungsvertreter hat erklärt, gegen gewisse Gefahren sei die Feuerprobe das richtige Mittel. Es ist das ein irreleitender Beweis gewesen dafür, daß der Muth der Kaltblütigkeit, welchen die Regierung schon verloren zu haben schien, an Stelle des Muthes der Kaltblütigkeit getreten ist. (Sehr gut! links.) Dieser Muth der Kaltblütigkeit ist wenigstens in der Form des Humors zu Tage getreten. Die stürmische Heiterkeit des Hauses bestätigte, daß mit den Debatten, welche diese Vorlage hervorrief, die Sozialdemokraten ein „Schwefelglück“ haben. Wenn Abg. Gröber diesen drastischen Ausdruck gefunden hat, so hat er dabei nur veräußert hinzuzufügen, daß das Centrum der treuesten Hüter dieses Schwefelglücks gewesen ist. (Große Heiterkeit und Zustimmung links.) Der Vertreter der Konservativen hat die Erklärung abgegeben, daß seine Partei für den Fall der Ablehnung des § 111 gegen alle Paragraphen stimmen werde: Es ist also Aussicht vorhanden, daß die Konservativen sich mit uns vereinen werden, um den § 112 niederzukommen (Heiterkeit), denn dieser ist in seinem Anwendungsgebiete noch viel gefährlicher als der vorangegangene, bei diesem Paragraphen, der die Angehörigen des Heeres betrifft, konnte die öffentliche Meinung nicht Sturm läuten, weil diejenigen, die es besonders angeht, verurtheilt sind, ihre Stimme nicht laut werden zu lassen. Für die Nothwendigkeit, auch den Landsturm hineinanzuziehen, hat die Regierung überhaupt keinen Beweis erbracht. Die Art, wie man diesen Paragraphen begründet hat, ist charakteristisch. Nun könnten wir nach dem Beispiel des Ministers v. Köller einfach sagen: Wir kümmern uns um die Regierung und ihre Gründe überhaupt nicht. Ich unterschreibe aber alles, was Abg. Gröber, der Freund der Vorlage, über das inkorrekte Verhalten des Ministers gesagt hat. Ich konstatire, daß der Minister des Innern gestern auf all die heftigen Angriffe kein Wort der Erwiderung gefunden hat (lebhafter Beifall links), und daß er es hinnehmen mußte, als Abg. Sigl vom „Bayerischen Vaterland“ ihm vorhielt, in Bayern sei etwas derartiges nicht möglich. In der württembergischen Volksvertretung erklärte der Ministerpräsident, die Regierung werde der Ansicht der Volksvertretung diejenige Beachtung schenken, die sie verdiene. Das ist die Art, wie bei uns im Süden die Regierung sich stellt. (Beifall links.) Es dient in der That nicht zur Versöhnung der Gegensätze, wenn wir uns an die Vorstellung gewöhnen müßten, daß in ganz anderen Formen mit der deutschen Volksvertretung verkehrt wird. Ich will nicht zu streng mit dem Minister des Innern ins Gericht gehen, es genügt zu konstatiren, daß der Minister von Köller ist einer der wichtigsten Vorkämpfer der Opposition der Vorlage gewesen. (Lebhafte Zustimmung links.) Wenn die Opposition die Palme verteilen wollte, müßte sie dem Minister v. Köller die Palme reichen. (Große Heiterkeit.) Er hat, als diese Vorlage eingebracht wurde, den Antrag auf Strafverfolgung von Mitgliedern dieses Hauses eingebracht, er hat dann seine Kundgebungen gegen die moderne Literatur in einer Weise gemacht, welche alle Vertreter der Literatur interessieren und der Wissenschaft mobil gemacht hat, er hat das Centrum in die Opposition gebracht. Herr v. Köller müßte noch recht lange Minister bleiben, denn er hat die Bekämpfung derartiger Vorlagen, wenn sie wiederkehren sollten, außerordentlich erleichtert. (Zustimmung.) Für den § 112 der Vorlage scheint in der That auf den ersten Blick Material gebracht zu sein, aber nur für den, der sich nicht die Mühe giebt, gründlich zu lesen. Im ganzen sind für den Zeitraum von 1844-94 23 Aeußerungen von einzelnen Menschen beigebracht worden. Sechs von diesen Aeußerungen sind in Volksversammlungsreden gefallen meist aus Anlaß

von Militärvorlagen. Weiter sind beigegeben zwei Aeußerungen, die im Wirthshaus im Privatgespräch gefallen sind. Was will das beweisen? Wie viel Thörichtes wird in Wirthshäusern ge-redet, man könnte für Aeußerungen über das Reichswahlrecht ganz anderes Material sammeln. Dann kommen noch elf Aeußerungen in Flugblättern, von denen ein Theil bereits auf Grund der bisherigen Gesetze bestraft worden ist. Dann kommen fünf Flugchriften und Artikel von Herrn Most in Amerika oder London, die er 1879 vom 15. März bis zum 7. Juni geschrieben hat. Da kann man sich des Gedrucks nicht erwehren, daß das alte Badenbüter aus der Begründung des alten Sozialistengesetzes sind. (Lebhafte Zustimmung links.) Das ist das Material in Prosa. Dann kommt das Material in Poesie. Von einigen Gedächtnisse glaube ich schon ihrer Form wegen nicht, daß sie wirken. Dann kommt allerdings ein sehr langes Gedicht, das in Württemberg gedruckt und verbreitet ist, aus dem Jahr 1844 oder 45 von dem Dichter der rothen Erde Westfalens, Ferdinand Freiligrath. (Hört, hört!) Es ist unerhört, daß eine solche Vorlage mit lyrischen Grüßen eines Dichters vor 1848 begründet wird. Wir können ja von der Militärverwaltung nicht verlangen, daß sie die schöne Literatur unseres Volkes kennt, aber sie sollte doch die Gedächtnisse des Mannes kennen, der die besten Gedächtnisse über die Ereignisse von 1870, darunter „Surreas Germania“, gedichtet und seinen einzigen Sohn in den siebziger Krieg geschickt hat. Nun ist die Militärverwaltung so ehrlich gemeldet, uns über die Absichten, die sie verfolgt, in der Kommission zu unterrichten. Schriften, Volksversammlungen, Vereine und Reiseagenturen verbreiten diesen Geist, und die Regierung erkennt selbst an, daß die Ausbildung schon in der Kinderstube beginnt. Das Gesetz hat nicht allein die sozialdemokratischen Ausschreitungen im Auge, sondern alle Ausschreitungen, die den Staat und die Gesellschaft gefährden, von welcher Seite sie auch kommen. In einer Stelle aber heißt es in der Vorlage ausdrücklich, daß es vor allem auf die Sozialdemokratie abgesehen sei. Man will also gegen diese ein Ausnahmengesetz, und hat nur nichts dagegen, wenn auch andere getroffen werden. Die Regierung wollte die Grenzen des Erlaubten enger ziehen, aber das, was die Kommission aus der Vorlage gemacht hat, ist eine ganz zügellose Verschärfung dessen, was die Regierung wollte. Möge doch auch hier ein Regierungsvertreter sagen, daß die Regierung die Waffen, die man ihr in die Hand geben will, verschmätzt, wie es gestern der Justizminister bezüglich § 111 geäußert hat. Man will auch die Aufforderung zur Nichtausführung der Dienstbefehle im Allgemeinen bestrafen, also Fälle, die gar nicht vorkommen. Es kommt nur vor, daß man Soldaten auffordert, einem bestimmten Dienstbefehl nicht nachzukommen, z. B. wenn ihnen befohlen wird, auf ihre Mitbürger und ihre eigenen Angehörigen zu schießen. In solchen Fällen kann man mit größerem Recht, als es gestern der Kriegsminister beim Duell gethan hat, von einem tragischen Konflikt sprechen. Wenn wir nach der Bedeutung des Abg. Gröber unterscheiden wollen zwischen dem, was das Sittengesetz und zwischen dem, was das Strafgesetz verbietet, so verbietet sowohl das Sittengesetz als das Strafgesetz, auf Vater, Mutter und Brüder zu schießen. Die Stimme der Natur, die Stimme der Menschlichkeit heißt, einer solchen Aufforderung nicht Folge zu leisten. Derartige Aeußerungen kommen nur den Sozialdemokraten zu Gute. Diese müßte endlich aufhören, mit solchen Situationen zu kokettiren, aber ebenso wenig sollten andere durch solche scharf formulirte Aufforderungen an die Rekruten solche Situationen heraufbeschwören. § 112 in der Kommissionsfassung ist so gefährlich für die Kritik unserer öffentlichen Zustände, daß wir einen milderen Euentualantrag gestellt haben. Natürlich werden wir in erster Linie gegen den ganzen § 112 stimmen. Ohne die nötigen Reuten wird ein ganz neues Delikt geschaffen, welches eine ganz unferlose Definition in dem Worte „Verächtlichmachung“ enthält. Das wird eine außerordentliche Gefahr, wenn dieser Begriff auch auf leblose Dinge, auf Gegenstände ausgebeutet wird, die doch kein Objekt der Achtung sein können. Nun wird die Verächtlichmachung von Staatsleistungen auch bestraft, aber hier handelt es sich um eine Obrigkeit, um Beziehungen zu Menschen, und dann erfolgt die Strafe nur, wenn die Verächtlichmachung mit Bewußtsein erfolgt ist. Hier aber soll eine Strafe erfolgen bei einer Kritik, auch wenn derjenige, der sie äußert, subjektiv von ihrer Berechtigung durchdrungen ist, und wenn die Kritik objektiv berechtigt ist. Hat nicht die Rechte auch die Handelsverträge verächtlich gemacht, und macht sie nicht noch immer das allgemeine Wahlrecht sowie den Reichstag wegen eines gewissen Beschlusses verächtlich? In einem Studentenlebe heißt es: Wer die Wahrheit kennt, und jagt sie nicht, der ist fürwahr ein erbärmlicher Wicht. Wollen Sie aber jene Parodie zur Wahrheit machen: Wer die Wahrheit kennt und jagt sie frei, der kommt auf die Tübinger Stadtbogel? (Heiterkeit.) Nach § 112 der Kommissionsbeschlüsse können auch alle Privatgespräche über militärische Dinge unter Strafe gestellt werden und ebenso Aeußerungen von Blättern; denn man wird sagen: sie sind für die Oeffentlichkeit bestimmt, also auch für die Angehörigen des Heeres. Was ist denn überhaupt nicht strafbar? (Sehr richtig! links.) Wenn wir sagen, die Stellung des Auditeurs sei ein Hohn auf die Selbstständigkeit des Richters; die Offizierskasinos seien die Pflanz- und Brutstätten der Ueberhebung über das Bürgerthum und der Auswüchse, welche man kurzweg mit dem Namen des „ollen, ehrlichen Seemann“ bezeichnet; die Offizierspensionierung in ihrer gegenwärtigen Form sei eine Vergeudung von Volksvermögen; der Reserveoffizier sei ein Unthug und könne nicht früh genug abgeschafft werden; der Dankarrest sei eine entwürdigende Strafe — so haben wir Einrichtungen des Heeres „verächtlich gemacht“, und wir werden bestraft für eine Kritik, die wir nicht bloß für gerechtfertigt, sondern auch im Staatsinteresse für notwendig halten. (Lebhafte Zustimmung links.) Man kann doch auch den Militarismus als eine Kulturfrage auffassen; man kann darüber verschiedener Meinung sein, aber doch nicht demjenigen, der den Militarismus als kulturwidrig bekämpft, den Mund verächtlich machen. Das Urtheil der Geschichte darüber ist noch nicht abgeschlossen. (Sehr richtig! links.) Wer hat denn die Worte gebrochen: Die stehenden Heere sollen aufgehoben werden, weil sie die Ursache

der Angriffskriege sind? Der große Königsberger Philosoph Kant, auf den ganz Deutschland stolz ist. Und doch meinte der Reichskanzler, die Philosophen sollten nicht getroffen werden. Dieser Paragraph ist eine der gefährlichsten Unterbindungen der freien Meinungsäußerung in Bezug auf das Heerwesen, dem wir jährlich eine Million Mark vom Volkervermögen opfern und das zu kritisiren wir doch ein gutes Recht haben. (Beifall links.) Es handelt sich hier um einen Maulkorbparagrafen. Und doch ist die Kritik bei keiner Staatseinrichtung so geboten wie beim Militär, weil die Angehörigen derselben selbst zu schweigen verurtheilt sind. Wie kann man denjenigen bestrafen, der das auspricht, was Hunderttausende denken? Ich bitte darum, § 112 abzulehnen. Die Konservativen erinnere ich daran, daß ein Mittelstük ihrer Partei neuerlich im württembergischen Landtag gesagt hat: Wir lehnen diesen Paragraphen ab, weil es viele Einrichtungen im Heere giebt, die der Kritik bedürfen. (Sehr richtig! links.) Die Nationalliberalen sollten bedenken, daß solche Strafbestimmungen ganz liberal sind. Ich hoffe, daß Sie schon längst zu der Ansicht gekommen sind, daß man einen verkehrten Weg gegangen ist. Die Wirkung dieses Paragraphen wird sein: Mehr Prozesse und ein noch größerer Bestimmismus. Wer politische Verfolgung säet, wird politischen Haß ernten. Der Justizminister hat vor Kurzem gesagt, er bedauere, daß das Ansehen der Justiz nicht mehr dasselbe sei wie früher, und daß er alles thun wolle, um dieses Ansehen wieder herzustellen. Dann muß er aber auch diesen Paragraphen zurückweisen. Denn was ist klarer, als daß das Ansehen des Richters notwendig sinken muß, wenn man den Richter zum Werkzeuge der politischen Verfolgung macht (sehr richtig! links)! Aber die Hälfte unserer Richter sind politisch belanglos. Es hieße Uebermenschtliches von ihnen verlangen, wenn man ihnen in allen Fällen Unparteilichkeit zumuthete. Das hat sich ja beim Sozialistengesetz gezeigt, und dieses Gesetz ist auch ein Grund für den Rückgang des Ansehens unserer Richter. Denken Sie auch an den Unterschied zwischen Nord- und Süddeutschland, den Sie durch solche Strafbestimmungen verschärfen; denn wir im Süden sind gewöhnt, das Militärwesen etwas freier anzusehen. Durch solche Maßregeln erleichtert man auch den Sozialdemokraten ihre renommtrende Neben. Ist es aber selbst für die Regierung ein Glück, wenn die politischen Parteien so zerrissen und durcheinander geworfen werden, wie es in den letzten Monaten gerade unter dem Einfluß dieser Vorlage geschehen ist? Steigert das die Autorität der Regierung? Ueb'n Sie den Paragraphen ab, der behaftet ist mit dem Dorn der falschen Politik. Wir wollen von der politischen Meinungsverfolgung nichts wissen, auf welchem Gebiete des staatlichen Lebens sie sich auch geltend mache. (Beif. Beifall links.)

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Nachdem ich bei der ersten Lesung den Standpunkt der Militärverwaltung zu § 112 der Vorlage kurz und klar dargelegt habe, nachdem in der Kommission von den Vertretern meines Ressorts jede gewünschte Auskunft erteilt ist, sollte ich meinen, daß der Gegenstand nahezu erschöpft ist. Neues hat auch der Vorredner nicht vorgebracht, neu war auch nicht seine Bemängelung des zur Begründung der Vorlage gebrachten Materials. Daß das Gebot von Freiligrath von der Sozialdemokratie und vielleicht auch von anderer Seite als ein herrliches Kunstwerk betrachtet wird, will ich nicht bezweifeln. In meinen Augen ist es gleichwerthig mit anderen Erzeugnissen einer hinüberbrannten Phantastie (Lachen links), die, als Flugblätter in die Kasernen geworfen, Schindeln stiften können, dessen Tragweite gar nicht zu übersehen ist. Ob der Verfasser eines solchen Gebächts ein Dichter, ein hervorragender Gelehrter oder irgend ein beliebiger obskurer literarischer Schmarfanz ist, ist ganz unerheblich. (Sehr richtig! rechts.) Unerheblich ist auch, daß die Sozialdemokraten Gegner des Gesetzes und des § 112 sind. Sie erblicken in der Armeedes das größte und festeste Hinderniß, welches sich der Verwirklichung ihrer Pläne entgegenstellt, wie eine Mauer aus Erz und Stein, die nicht niederzureißen ist weder mit den Köpfen sämmtlicher Generäle, noch auf irgend eine andere Weise. Aber niedergereißt muß diese Mauer werden, wenn Sie auch nur eine einzige Nummer Ihres Programms verwirklichen wollen, z. B. die Proklamirung der Republik. Nur ein treuloses Heer verrat seinen König und Herrn, und deshalb leben wir seit geraumer Zeit anarcho-sokratische und sozialdemokratische Agitatoren emsig an der Arbeit, an dem Fundament dieser Mauer zu graben, zu bohren und zu klopfen. Diesen Versuchen wollen wir begegnen, und wir erblicken eine wirksame Handhabe dazu in § 112 der Regierungsvorlage. In der Kommission ist allerdings versucht worden, diesem Paragraphen eine andere Fassung zu geben, die nicht mit voller Schärfe trifft, was die Militärverwaltung ins Auge gefaßt hat, die allerdings auf der anderen Seite einiges offerirt, was wir nicht gemollt haben. Ich stehe auf dem Boden des § 112 der Militärvorlage (große Heiterkeit) — ich meine der Regierungsvorlage. Ich bin auch gar nicht in der Lage, etwas anderes vorzutragen zu können, denn die verbündeten Regierungen haben noch gar keine Gelegenheit gehabt, sich über die Fassung der Kommission schlüssig zu werden. (Beifall rechts.)

Abg. Bebel (Soz.): Der Kriegsminister hat sich nicht mit einer Erklärung begnügt, sondern er ist, wie wir das bei ihm gewohnt sind, zu einem Angriff auf die Sozialdemokratie übergegangen. Daraus und aus den Verhandlungen der Kommission geht zur Genüge hervor, daß sich die Vorlage gegen uns richtet. Schon vorgestern habe ich ausgeführt, daß die Bemerkungen, die der Kriegsminister gegen meinen Freund Auer gemacht hat, ganz anders klangen, als seine sonstigen Aeußerungen. Da konnte man sich fragen: Wozu der Lärm? Aber es war ihm nur um einen Witz zu thun, um die Lacher auf seine Seite zu bringen. Viel ernster sind seine heutigen Aeußerungen zu nehmen. Man sieht daraus, daß, wenn die Sozialdemokratie einmal ihr Programm verwirklichen will, das Heer gegen uns gebraucht werden soll. Die Sozialdemokratie will eine bessere Staats- und Gesellschaftsordnung anbahnen, aber nicht auf dem Wege der Gewalt. Je mehr sich die Sozialdemokratie verbreitet, desto größer ist auch die Zunahme der Sozialdemokraten in der Armee. In meiner Wiener Rede habe ich ausgeführt, daß die Sozialdemokratie keine Gewalt anzuwenden

gebende, sondern, daß die Gesellschaft selbst in ihrer inneren Zersetzung der Sozialdemokratie die Bahn bereite. Erst kürzlich hat Friedrich Engels in einer Schrift ausgeführt, daß bei der Ausbildung unseres Waffensystems nicht an ein gewalttames Vorgehen gegen die Armee zu denken sei. Er sagt, der Revolutionär müsse verrückt sein, der einen Barrikadenkampf veruchen wolle. Die Art und Weise, wie der Kriegsmilitär ausführte, daß wir zu setzen seien, uns vor die Mündung der Gewehre zu stellen, muß allerdings den Verdacht wachrufen, daß die herrschenden Klassen einen solchen Kampf wünschen. Wer will bestreiten, daß es seit Jahr und Tag, vorzugsweise in der Offizierswelt, ein häufiger Gegenstand der Unterhaltung ist, was werden solle, wenn eines Tages die Sozialdemokratie loslösche. Wir ist von einer sehr vornehmen Dame mitgeteilt worden, daß ein Hauptmann in der Unterhaltung geäußert habe: Na, wenn die Kanonen nur loslöschen, dann wäre es uns eine Freude, bis an die Käte im Blut zu waten. (Bewegung. Widerspruch rechts.) Die Spahnen pflegen es allerdings von den Dächern, daß man in gewissen Kreisen ernstlich den Staatsstreich empfiehlt. Wenn damit gewissermaßen der Vertrag zwischen Volk und Regierung gebrochen wird, dann ist auch die andere Seite frei, dann müssen für das Weitere die die Verantwortung übernehmen, die diese Zustände heraufbeschworen haben. Ich verahre mich aber dagegen, daß in unsern Kreisen eine solche Absicht obwaltet. Das Material für § 112 ist aus Schriften genommen, die man uns zu Unrecht in die Schuhe schiebt. Eine ganze Menge des dem Kommissionsbericht beigegebenen Materials ist nur in ganz geringer Zahl nach Deutschland eingeführt. Es stammt zum Theil von anarchistischen Volkspizzen, die im Dienste der Polizei gestanden haben, und auf solches Material stützt sich die Regierung. Die Verfasser und Verbreiter solcher Schriften kann man jetzt mit den vorhandenen Gesetzen zum Theil mit langjährigem Zuchthaus bestrafen, wenn man sie kennt. Aber bekanntlich hängen die Nürnberger Ketten, bevor sie ihn haben. S. B. würde die bloße Verbreitung des Freilichterschen Gedichtes, das in der Volksausgabe von Gotta unbehelligt erscheinen kann, als Sonderabdruck unter die Soldaten vertheilt, unter den Paragrafen des Hochverrats fallen. Ja, man hat sogar dem Bericht der Kommission ein Gedicht beigegeben, das eine Travestie auf die sozialdemokratischen Ideen, eine offene Verhöhnung des Zukunftsstaates, aber keine Aufreizung des Militärs bedeutet. Das ist doch auch ein solches Maß von Leichtfertigkeit und Gewissenlosigkeit, daß man den Beamten, das als belastend angesehen hat, um den Reichstag mit Unwahrheiten zu hintergehen, wegen Unbrauchbarkeit und Unaufrichtigkeit sofort entlassen sollte. Die ganze Agitation unter Militärpersonen, wenn man ihnen Flugblätter unter Kreuzband oder im Briefschicht, hat gar keinen Sinn. Wenn man das trotzdem thut, so ist es Kenomage, hat aber keine Wirkung. Das ist gar nichts neues für die Offiziere am Regierungstisch. Ein Hauptmann findet ein Exemplar des „Vorwärts“ in der Kaserne, was ihm Veranlassung gab, eine lange Rede über die verrückte Sozialdemokratie zu halten. Ein Reservist, der Sozialdemokrat war, ärgerte sich darüber, und schrieb nach seiner Entlassung an den Hauptmann, zwei Drittel der Kompagnie seien Sozialdemokraten. Dieser Brief ist als Material der Umsturzvorlage beigegeben! Das nicht alles in der Armee in Ordnung ist, beweist ein Vortrag auf der sechsten deutschen Stillstandskonferenz in Kolmar, in dem verschiedene Bilder aus dem Militärlieben geschildert werden, die ich mit Rücksicht auf einen Theil der Zuhörer nicht wiedergeben kann. So entließ ein Hauptmann seine Mannschaften am Sebanag mit dem Wunsch: „Amüßst Euch heute Abend“, und machte im Anschluß daran Ausführungen, die ich hier auch nicht wiedergeben kann. Es ist ja zum Glück keine Gefahr vorhanden, daß die Kommissionsfassung oder Regierungsvorlage zur Annahme kommen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Charakteristisch war, daß sich durch die Ausführungen des Vorredners wie ein rother Faden Bemerkungen über meine Person zogen. Den Gedanken, daß, wenn es zum Kampf kommt, diejenigen die Verantwortung tragen, die provoziert haben — ich soll provoziert haben — habe ich schon schöner im „Vorwärts“ gelesen. Da kann ich dem Abg. Bebel den Schmerz nicht ersparen, daß der Verfasser des betreffenden Artikels dort die näheren Umstände und Bedingungen angeht, unter denen er den Kriegsminister „wie einen tothen Hund“ niederstießen würde. Wer das schreibt und drucken läßt, thut es nicht. (Abg. Bebel: Sehr richtig! Ausgezeichnet!) Ich habe sogar einen ersten Zweifel, ob der Herr schon einmal eine Schußwaffe abgedrückt hat, und wenn er es versucht hat, ist ihm Malheur passiert. Er trifft mich nicht. (Heiterkeit.) Bei diesem Artikel ist dem Sezer ein Versehen mit untergelaufen. Zu dem Artikel gehört nämlich die Randbemerkung: Fürchten Sie sich nicht, Herr Kriegsminister, wir sind einfache Geschäftsleute. (Heiterkeit.) Sie werden mir aber zugeben, daß derjenige fanatische Bursche, der solch Zeug kauft, sich wirklich aufgeschreckt fühlen könnte, an mir eine Schießübung vorzunehmen. Selbst wenn er mich trifft, dann nehme ich das auch nicht tragisch. Wann über Bord: Voilà tout! Es tritt ein anderer an meine Stelle, und wenn Sie sagen: Der Mann war verrückt, so wird er sagen: Verrückt? Verrückt und gestresst sind — doch ich will meinem Nachfolger nicht vorzweifeln. (Heiterkeit.) Ich habe den Bürgerkrieg nicht für ein heiteres Bild gehalten, ich deutete nur an, daß die großen Massen, denen Sie so viel versprochen und nicht gehalten haben, einmal dazu kommen könnten, praktische Politik auf der Straße zu treiben, und wie sie dann in Verlegenheit nach Führern der sozialdemokratischen Abgeordneten vor die Front rufen würden. Sie werden es mir nicht übel nehmen, wenn ich es als ein heiteres Bild betrachte, wenn jemand wider seinen Willen zu einer heroischen That aufgefordert wird. (Heiterkeit.) Und wenn ich mir die Herren statt vor dem Achtmillimetergewehr vor einer wohlgeordneten Batterie Berliner Feuerpistolen denke, dann ist das ein heiteres Bild, und wenn Abg. Bebel von Dingen sprach, die Sie sich abschütteln würden, wie ein nasser Fubel die Wassertropfen, dann sage ich ihm: die Vorderseiten werden sehr naß werden, und sie werden sich lange schütteln können, bis sie trocken werden. (Große Heiterkeit.) Auf die übrigen Ausführungen des Abg. Bebel, die zum Theil Wiederholungen der Rede des Abg. Hausmann waren, gehe ich nicht ein. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Osann (natl.): Wir halten es für notwendig, den Umsturzbestrebungen entgegenzutreten. Wir haben die Regierung aufgefordert, daß die Regierung darauf achten und sich zu einem bestimmten leitenden Gesichtspunkte in dieser Frage bekennen soll. Deshalb haben wir nicht ein Gesetz gegen die Sozialdemokratie gefordert, sondern gegen die umstürzlerischen Bestrebungen überhaupt. Mit der Tendenz der Gesetzesvorlage der Regierungen waren wir einverstanden, aber nach den Aenderungen der Kommission, die eine Verschlimmerung waren, konnten wir nicht mehr dieselbe Stellung einnehmen, wie vorher. Die Sozialdemokratie hat sich einen Ton angewöhnt, der noch zu bedenklichen Konsequenzen führen kann. Täuschen Sie sich doch nicht darüber, daß das Ansehen des Reichstages im Schwanden begriffen ist, und daß man im deutschen Volke ihm nicht mehr das Vertrauen entgegenbringt. Die Wallfabriken nach Friedrichshagen beweisen das doch (Lachen links). Der Beschluß der Kommission trifft nicht das, was mit der Regierungsvorlage getroffen werden sollte. Man kann beinahe auf die Vermuthung kommen, daß es dem Centrum nicht sonderlich Ernst sei mit den Veränderungen. Trotzdem haben wir dafür gestimmt, damit wenigstens etwas herauskommt. Nachdem der Kriegsminister aber heute gesagt hat, mit den Kommiss-

ionsbeschlüssen könne er nichts anfangen, liegt die Sache etwas anders. Jeder weiß man nicht, ob diese Aeußerung von ausschlaggebender Bedeutung ist, und es wäre doch wünschenswert, wenn er seine Meinung mit größerer Bestimmtheit ausdrücke, damit wir nicht eine Abstimmung vornehmen, die keinen Werth hat. Für uns ist das Beste die Regierungsvorlage. Wenn der Kriegsminister seine frühere Erklärung in präzisierter Form abgibt, so werden wir uns nicht veranlaßt fühlen, für die Kommissionsvorläge zu stimmen, sondern uns auf die Regierungsvorlage zurückziehen.)

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Ich hatte geglaubt, daß ich mich schon vorher ganz präzis geäußert hätte. Ich bin aber gern bereit, nochmals zu erklären, daß ich von meinem Standpunkt aus den § 112 der Regierungsvorlage entschieden dem § 112 der Kommission vorziehe, und daß ich auch diesen Standpunkt nach allen Seiten hin zu vertreten beabsichtige. Im Namen der verbündeten Regierungen bin ich allerdings nicht in der Lage, hier eine Erklärung abzugeben, aber im Namen des preussischen Kriegsministeriums kann ich erklären, daß ich entschieden auf dem Standpunkte des § 112 der Regierungsvorlage bleibe, weil ich sie für besser halte.

Abg. Spahn (Ctr.): § 112 ist in Uebereinstimmung mit den Regierungsvertretern zu Stande gekommen. Sie haben gegen die Fassung in der Kommission keinen Einspruch erhoben. Der Kriegsminister hätte seine Erklärung in der Kommission abgeben können. Ihm kann es nur darauf ankommen, daß die Umsturzbestrebungen im Heer unterdrückt werden. Dazu giebt ihm die Kommissionsfassung alle Mittel. § 112 ist in der Kommission auch mit den Stimmen der National Liberalen angenommen worden. Wir stimmen gegen den Antrag Hausmann und für die Kommissionsfassung. (Beifall im Centrum.)

Staatssekretär im Reichsjustizamt Dr. Nieberding: Die Regierungsvertreter haben keinen Zweifel gelassen, daß sie mit der Kommissionsfassung nicht einverstanden seien. Nur unter der Voraussetzung, daß § 111 in geeigneter Form im Plenum Annahme finden werde, und daß die verbündeten Regierungen der Kommissionsfassung zustimmen würden, wurde die Kommissionsfassung von uns nicht beantragt. Diese Voraussetzung ist gefallen nach der Erklärung des Kriegsministers und nachdem auch die Hoffnung auf Annahme des § 111 bereitet ist.

Hundesbevollmächtigter Generaladmiral Ittenbach: In der Kommission hat die Regierung an ihrer Vorlage festgehalten, und ich selbst habe gegenüber dem Entgegenkommen des Centrums ausgeführt, daß ich im Namen der verbündeten Regierungen keine Erklärungen abgeben könne, wiewohl ich nach meiner persönlichen Ansicht das Entgegenkommen vielleicht hätte acceptiren können.

Abg. Spahn hebt an der Hand des Kommissionsberichts hervor, daß § 112 von der Kommission in der zweiten Lesung ohne Debatte angenommen wurde.

Staatssekretär im Reichsjustizamt Dr. Nieberding erklärt, daß aus dem Sitzschweigen der Regierung bei der zweiten Lesung nicht gefolgert werden könne, die Regierung sei mit der Fassung einverstanden gewesen. Der Widerspruch der Regierung sei eben in erster Lesung erfolgt.

Abg. Spahn der Militärverwaltung ihre Abwesenheit während der zweiten Lesung vorweist, erwidert:

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff, daß es ihm zwar Vergnügen mache, parlamentarische Versammlungen zu besuchen, aber er könne dazu nicht gezwungen werden und könne auch nicht in der Umsturzkommission sein, wenn die Budgetkommission gleichzeitig tagt.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Ich erkläre, daß wir nach den Erklärungen des Kriegsministers die Kommissionsvorläge ablehnen und uns auf die Regierungsvorlage zurückziehen werden.

Abg. Graf Noon (kons.): Die Vorkämpfer der Abg. Bebel und Auer, daß sie keine Revolution wollten, widersprechen der Glorifizierung der Revolution von 1848 durch den Abg. Bebel. Das Jahr 1848 ist ein Jahr der Schande für die ganze Monarchie. (Beib. Widerspruch links.)

Abg. v. Levetzow (kons.): Der § 112 der Kommissionsvorlage gefällt meinen politischen Freunden sehr wenig, und ist die Regierungsvorlage viel genehmer. Wir würden aber tants de mieux für die Kommissionsvorlage stimmen, wenn Aussicht vorhanden wäre, daß derselbe der Theil eines den Bedürfnissen entsprechenden Gesetzes würde und wenn andererseits die Fassung der Kommission von Seiten des Bundesraths acceptirt würde. Diese Hoffnung ist nicht vorhanden; wir glauben nicht, daß nach Ablehnung des § 111 noch ein Gesetz zu Stande kommt, und wir glauben auch nicht, daß die Fassung der Kommission zu § 112 die Billigung des Bundesraths findet; nachdem der preussische Kriegsminister diese Fassung nicht für acceptabel erklärt hat, wird das preussische Staatsministerium und der Bundesrath ihm noch viel weniger zustimmen. Deswegen werden wir gegen § 112 der Kommissionsvorlage stimmen und uns für die Regierungsvorlage erklären. (Beifall rechts.)

Abg. Hausmann zieht mit Rücksicht auf die letzten Erklärungen seinen Antrag zurück.

In der Abstimmung wird der Kommissionsvorschlag gegen das Centrum und die Polen abgelehnt, desgleichen die Regierungsvorlage gegen die Stimmen der Konservativen, Reichspartei und National Liberalen.

Damit ist § 112 in jeder Form beseitigt.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Abg. Richter (Freil. Volksp.): Machen wir es nunmehr kurz. (Heiterkeit.) Nach dem Stande der Verhandlungen scheint mir auf keiner Seite des Hauses mehr ein praktisches Bedürfnis vorhanden, über einen der nachfolgenden Paragraphen zu diskutieren. Wir sind bereit, auf die Diskussion zu verzichten, und wenn die anderen Parteien diesem Beispiel folgen, so kann ohne Debatte durch eine Reihe von Abstimmungen binnen wenigen Minuten diese Vorlage aus der Welt geschafft werden. (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

Abg. Frhr. v. Mantuffel (dt.): Ich bin in der angenehmen Lage, einmal dem verehrten Vorredner bestimmen zu können. (Große Heiterkeit.)

Der Rest der Vorlage wird in allen ihren Paragraphen ohne jede weitere Debatte abgelehnt. Sämmtliche konservativen Anträge wurden im Lauf der Abstimmung zurückgezogen. Im Lauf der Einzelabstimmung erhob sich für je einen Paragraphen der Regierungsvorlage unter großer Heiterkeit des Hauses je ein einzelner Konservativer. Für die einzelnen Paragraphen in der Kommissionsfassung stimmten nur das Centrum und zum Theil die Polen. Auch der nachträglich eingegangene Centrumsantrag auf Verschärfung des Duellparagraphen wird abgelehnt. (Heiterkeit.) Der Ranzelparagraph, der bekanntlich durch den Kommissionsbeschluß aufgehoben werden sollte, wird gegen die Stimmen des Centrums und der Polen beibehalten. (Große Heiterkeit.)

Die Umsturzvorlage ist damit in jeder Form beseitigt. (Beibhafter Beifall links und bei den Antifemiten.)

Die zur Vorlage eingegangenen Petitionen werden, nachdem Berichterstatter Abg. Benzmann ausgeführt hatte, er verzichte auf das Wort, da die Petitionen mit dem Reichstagsbeschluß übereinstimmen, ohne Debatte durch die Beschlussfassung für erledigt erklärt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.
Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. (Kleinere Vorlagen; Novelle zum Militärstrafgeset; Tabaksteuer.) Schluß 5/4, Uhr.

Das Scheitern der Umsturzvorlage.

Berlin, 12. Mai. Ueber die gestern im Reichstag erfolgte Ablehnung der Umsturzvorlage äußern sich die hiesigen verschiedenen Zeitungen wie folgt:
„Die Sozialdemokratie, so sagt die „National-Zeitung“ wird selbstverständlich laut über den Ausgang jubeln und — leise ihre „bürgerlichen“ Helfer verachten, die mitjubeln werden. Wir können in der Genugthuung über die Abweisung des klerikalen Eroberungszuges die Niederlage nicht gering anschlagen, welche die Sache der staatlichen Ordnung erlitten hat. Die Sozialdemokratie wird allerdings dafür sorgen, daß der Anlaß, den Kampf von Neuem aufzunehmen, nicht lange ausbleiben wird. Möge die Staatsgewalt dann besser gerüstet sein, ihn mit Erfolg zu führen.“

Die „Kreuz-Zeitung“ schreibt: „Die Umsturzvorlage ist, wenn auch in ungewöhnlicher, so doch in kaum unerwarteter Weise zu Grabe getragen. Nachdem der Reichstag den grundlegenden § 111 am 10. d. M. in allen Fassungen abgelehnt hatte, war der weiteren Erörterung der Umsturzvorlage damit genau genommen der Boden entzogen, auf dem etwas Brauchbares aufgebaut werden könnte. Dem Centrum, das sich bei jeder Gelegenheit voll außerordentlichen Selbstgefühls als ausschlaggebende Partei bezeichnet, war eben nur mit der Fassung gedient, die in der engeren Beratung beschlossen worden ist, weil eben nur diese zu seinen parteipolitischen Sonderzwecken paßt.“

In der „Germania“ heißt es: „Dem Begräbnis der Umsturzvorlage folgt am Montag das Begräbnis der Tabakfabriksteuerreform.“

In der „Vossischen Zeitung“ lesen wir: Jetzt steht die kraftvolle Regierung, die berufen war, das schwächliche Regiment des Grafen Caprivi abzulösen, in einer so unbequamen Lage da, wie sie selten einer Regierung beschieden gewesen ist. Sie da von der Sozialdemokratie nicht allein, sondern noch mehr von dem Centrum Dinge anhören müssen, wie sie einer Regierung nicht oft gesagt werden. Sie ist jetzt vor die Wahl gestellt, ob sie die Folgen eines begangenen Fehlers dadurch gut machen will, daß sie einen noch größeren Fehler begeht, oder ob sie sich zu der Einsicht bekehren will, daß sie andere Wege einschlagen muß.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt: „Sang- und fast klanglos ist sie zu Grabe getragen worden. Nachdem auch der sogenannte Militärparagraph abgelehnt worden, konnte alle Welt mit Sicherheit auf Ablehnung aller anderen Bestimmungen rechnen. Der Reichstagsrat hat die Nothwendigkeit der Vorlage mit einer Schärfe und Unzweideutigkeit betont, daß die Regierung eigentlich die Konsequenzen ziehen mußte, die sich aus einer solchen Lage ergeben. Bleibt sie diese nicht, so müssen zwingende Gründe vorliegen, die man ja recht wohl vermuthen kann. Eine Reichstagsauflösung jetzt und unter dieser Lösung wäre ein gewagtes Unternehmen und würde den gewünschten Erfolg nicht haben. Im Gegenheil! Wie die Dinge heute liegen, wäre eine Stärkung des Radikalismus unausbleiblich.“

Das „Berl. Tageblatt“ schreibt: „Man sieht, die Vermuthung liegt so hoch, daß sie kaum noch vermehrt werden konnte. Was die Regierung wollte, mochte keine Partei, nicht einmal die Konservativen; was das Centrum bot, konnte die Reichsregierung nicht annehmen, ganz abgesehen vom Widerstand der anderen politischen Parteien, und so ergab sich aus alledem ein Wirrwarr, ein Durcheinander, das hervorgerufen zu haben keiner der regierenden Faktoren zur besonderen Ehre sich anrechnen darf.“

In den „Neuesten Nachrichten“ heißt es: „Man gewinnt den Eindruck, als habe der Kriegsminister gestern den schon unlösbar gewordenen Knoten mit der ihm eigenen Entschlossenheit einfach zerhauen, indem er es ablehnte, sich mit diesem Reichstage auf irgend welches Kompromiß einzulassen. General von Bronsart hat sich damit in der That Dank verdient. Vielleicht ist es für die künftige Gestaltung der Umsturzdebatte bezeichnend, daß der Chef der Militärverwaltung es war, der dem parlamentarischen Chaos ein entschlossenes Ende bereitet.“

Die „Berl. Börsenzeitung“ sagt: „Die Umsturzvorlage ist bereits in zweiter Lesung definitiv gefallen. Nicht ein Paragraph ist von ihr übrig geblieben, an dem ein Haften eingeschlagen werden könnte, um sie wieder aufleben zu lassen. Freilich kam die Sache etwas anders, als man erst dachte. Ein Zurückziehen der Vorlage, auf welches man fast mit aller Bestimmtheit für den Fall rechnete, daß der § 112, abgelehnt werden sollte, hat nicht stattgefunden. Die verbündeten Regierungen bezw. die Reichsregierung hat den Reich, bis auf die Reize leeren wollen. Hoffentlich hat die Regierung erkannt, daß selbst Hand in Hand mit dem Centrum, sich gegen diese auf Selbstfreiheit gerichtete Strömung mit Willensmeinung im „Land der Denker“ nicht antrumpfen läßt und daß es daher besser ist, ohne und gegen, als mit dem Centrum zu regieren.“

Die „Staatsbürger Zeitung“ meint, daß dem Kinde des verflochtenen Grafen v. Caprivi keiner eine Thräne nachgeweiht habe. Auch die Herren am Bundesrathstisch schienen mit dem abgefügten Verfahren völlig einverstanden gewesen zu sein; denn wenn wir ihre Mienen nicht falsch deuteten, so hatten einige nicht übel Lust, in den Beifall einzustimmen, mit dem die linke Seite des Hauses und die deutschsoziale Reformpartei das endgiltige Resultat der Abstimmung begrüßten.“

Die „Volkzeitung“ schreibt: „Nicht so bald hat eine Regierung eine so grandiose parlamentarische Niederlage erlitten, wie sie hier gestern berietet worden ist. Der bloße Hinweis auf das ungeheure Aufgebot von Ver suchen und Mitteln, die öffentliche Meinung und das Parlament von der Nothwendigkeit und der Zweckmäßigkeit der Umsturzvorlage zu überzeugen, genügt, die ganze Größe der Niederlage kenntlich zu machen.“

Im „Vorwärts“ heißt es: „Die Umsturzvorlage ist umgestürzt, eine dritte Lesung ist abgewendet. Der Beschluß ist todt, und das deutsche Volk hat dafür zu sorgen, daß er nicht wieder auferstehe.“

Deutschland.

Berlin, 12. Mai. [Aus dem Reichstage.] Zwei Geschlagnen hat es in der entscheidenden Sonnabenditzung des Reichstages gegeben, die Regierung und das Centrum. Die Niederlage ist vollständig und beispiellos. Die Formen, in denen sich die Verwerfung der Umsturzvorlage vollzog, müssen für den Reichstagsrat und seine Kollegen etwas so Niederbrückendes gehabt haben, daß ungewöhnliche Eigenschaften dazu gehören, unter diesem Mißerfolge nicht zusammenzubrechen. Es läßt sich schwer schildern, welche Fülle diabolischen Spases in der Art und Weise lag, wie der Reichstag im Zeitraum von etwa fünf Minuten die rückwärtslose Abschachtung der einzelnen Paragraphen bewerkstelligte. Der Eindruck mußte lässlich sein für den, der sich getroffen zu fühlen hatte und better erhebend für Jeden, der hier ein verdientes Strafgericht mit unerbittlicher Schärfe waltete sah. Der vorangegangenen Debatte selber folgte man kaum noch. Ueberall war die Empfindung vorherrschend, daß Neben jetzt das Ueberflüssigste von der Welt sei. Schon während der Hausmannschen Rede begann ein eifriges Verhandeln zwischen Herrn v. Bennigsen und den Ministern. Der national-liberale Führer trat dann mit einigen näheren Freunden, mit Ennecerus, Osann und Marquardsen in einem Winkel des Saales zusammen, und die Mienen der Herren sprachen deutlich genug, um von ihnen abzulesen zu können, daß die Regierung auf das Gesetz weiter keinen Werth lege, daß man es also mit guter

Manier umzuführen habe, was durch die Verwerfung der Kommissionsfassung des § 112 am einfachsten geschehen werde. Gleichzeitig mit dieser Unterhaltung der nationalliberalen Führer ging die Verhandlung zwischen Herrn von Bronsart und den konservativen Hauptern vor sich. Die Rede des Herrn von Bronsart setzte dann das Tüpfelchen auf das i, und wenn nicht Herr Bebel noch ein unbezwingliches Sprechbedürfnis empfanden hätte, würde man alsbald haben ein Ende machen können. Aber der Abgeordnete Bebel benutzte den Reichstag nur als bequemen Resonanzboden für die Wirkung nach außen. Die Partei will eine in Hunderttausenden von Exemplaren zu verbreitende Broschüre über die letzten Reichstagsverhandlungen herausgeben, und einzig, um für dieses Agitationsheft Material zu schaffen, sprach Bebel mit ermüdender Breite über Dinge, die sonst vielleicht der fürsorglichen Liebeswürdigkeit des Staatsanwalts verfallen wären, wenn sie ohne den Schutz des Pressegesetzes für die Wiedergabe von Reichstagsverhandlungen in die Welt zu gehen hätten. Ein befreites und Aufatmen ging durch den Reichstag, als die Abgeordneten Richter und v. Mantuffel ihre so herzliche Uebereinstimmung über die Zweckmäßigkeit beschleunigter und debattelloser Abstimmung bezeugten. Bei den Abstimmungen ergab sich regelmäßig dasselbe Bild. Als kirchlich-patriotische Ehrenname der Kommissionsbeschlüsse hüpfte immer nur das Centrum in die Höhe, und bei der Abstimmung über die Regierungsfassung wurde das Häuflein von Konservativen und Mittelparteilern, das die zerstückelte Fahne der ursprünglichen Vorlage zu decken suchte, kleiner und kleiner. Zuletzt behagte es, wie begreiflich, dieser regierungsfreundlichen Minderheit auch nicht mehr, sich nutzlos zu opfern. Es gab einzelne Abstimmungen, bei denen sich unter der stürmischen Heiterkeit des gelammten Hauses Niemand erhob. Wie auf der Flucht der Besiegte alles überflüssige Gepäck bei Seite schleubert, so entledigten sich die Parteien schleunigst des Ballastes ihrer aussichtslosen Anträge, und die Qual wurde verfürzt, indem zuerst der Abg. Haugmann und dann Herr v. Sebezow ihre Anträge zurückzogen. Nur das Centrum, dem es bei der ganzen Prozedur am schweißten sein mußte, sorgte, nachdem es den Schaden schon hatte, noch für einen Extraspott. Ein bis dahin kaum bekannter, weil noch nicht gedruckter Antrag Spahn wollte, gewissermaßen nach der zwölften Stunde, die brüchig gewordenen Ehre der Partei wiederherstellen und den allzu gerechten Vorwürfen ob der schwächlichen Konsequenz in Sachen der Duellfrage die Spitze abschleifen, indem unvermuthet erhöhte Strafen für Zweikampf und Herausforderung verlangt wurden. Unter anderen Umständen würden die Parteien der Linken vielleicht für diesen Antrag gestimmt haben, und es wäre möglich gewesen, ihm die Mehrheit zu verschaffen. Aber kein Mensch hatte ein Interesse daran, Etwas von der Vorlage in die dritte Lesung hinüberzureiten, und so fiel auch der Spahn'sche Antrag unter dem Dohngekläcker des Hauses, in das natürlich das Centrum nicht einzustimmen hatte. Dasselbe Schicksal wurde der von der Kommission beantragten Streichung des Kanalaragraphen zu theil. Auch hier war die Möglichkeit einer Mehrheitsbildung vorhanden, womit aber wiederum nur eine unerwünschte Grundfrage für eine dritte Lesung gegeben worden wäre. Das Centrum geht zusammen mit der Regierung als Leidtragender hinter der widerwärtigen Leiche des Umsturzgesetzes, aber das Gesolde wirft sich gegenständig keine freundlichen Blicke zu, und die Tragkomödie endigt von Rechts wegen und in angemessener Weise mit einer tiefgehenden Entfremdung derselben vollständigem Fatto ein, die unter der Hand und heimlich miteinander zu arbeiten gesucht hatten.

4. Klasse 192. Königl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 11. Mai 1895. — 19. Tag Vormittag.
Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.)

59 379 401 628 888 960 (5000) 1009 672 815 943 2137 54 71
500 99 632 (300) 90 736 67 918 34 62 3100 37 50 81 224 305 56 511
603 23 845 81 4039 203 304 689 705 19 5155 233 380 587 616 6062
99 123 252 394 575 631 63 799 818 958 7108 (500) 334 580 710 75
857 8061 63 103 40 210 578 707 9294 480 591 649 726 (500) 96
910 (300) 51
10101 5 211 17 20 348 419 590 98 843 978 11041 101 86 235 481
526 612 56 772 814 16 58 12006 (3000) 128 417 559 66 722 84 (3000)
99 935 66 13000 36 127 85 432 524 83 603 76 734 802 998 14136 289
95 485 746 888 (500) 98 (500) 15038 45 100 94 (300) 258 322 427 37
721 835 44 64 971 14171 (300) 278 317 (300) 77 507 602 767 835 (500)
950 (300) 17213 49 418 566 706 868 89 909 67 18023 326 477 531 74
605 796 822 19154 444 90 (3000) 836 994
20019 61 106 79 558 (500) 819 82 21012 187 211 301 10 417 59
63 80 709 815 22039 100 1 206 72 380 677 23112 266 (1500) 214 556
64 73 624 761 86 831 43 917 (500) 24012 102 17 77 (500) 93 285 725
905 31 25204 (3000) 25 508 20 76 728 30 26019 117 287 95 438 655
60 792 949 77 27054 344 46 97 405 (300) 511 14 26 741 60 28145
268 421 (10000) 55 686 841 (3000) 51 83 923 88 29085 245 78 377 985
30001 70 223 58 79 364 596 801 (1500) 31044 445 90 526 93
324 32087 122 67 (3000) 313 55 402 22 27 804 16 968 (500) 33104
21 64 382 588 92 663 728 48 864 34037 47 119 227 336 533 600 2
65 315155 214 (1500) 16 433 545 90 98 932 36087 365 539 652 746
(1500) 911 37280 81 403 19 501 55 (1500) 645 (300) 788 874 968
38136 (300) 72 830 411 594 623 77 785 947 39356 433 58 508 58
637 722 842
40269 487 (5000) 523 69 85 720 36 45 837 41042 43 72 89 162
264 (300) 339 65 434 95 538 732 95 817 958 76 42094 235 58 95 300
494 619 (500) 84 823 59 926 48 43046 175 292 353 416 54 (3000) 62
592 600 16 767 904 87 63 41197 225 307 402 35 555 78 751 45147
247 649 776 827 918 46037 857 89 (300) 953 92 47252 63 88 435
602 55 94 97 99 738 886 913 69 (1500) 48189 271 313 719 857
19179 289 348 462 71 87 (3000) 696 53 975
50064 92 143 250 420 545 615 978 51030 96 521 90 905 52041
160 446 64 517 39 47 (1500) 773 87 805 77 944 53078 105 9 (5000)
13 47 214 315 26 95 486 545 48 639 715 54438 46 850 55058 115 93
241 (1500) 67 327 (300) 494 652 95 726 84 839 985 56058 243 (300)
311 72 671 755 878 87 921 57059 131 40 71 452 (3000) 599 874 58105
40 357 495 (300) 632 715 74 92 59006 145 262 409 678 952 59
60024 74 266 315 (300) 484 520 33 643 73 815 (1500) 914 (1500)
41098 510 734 76 871 952 86 98 62011 164 355 90 439 68 505 695
741 885 95 914 91 63071 213 305 15 56 409 (500) 21 44 45 69 732
965 61230 42 75 86 307 60 93 505 635 719 41 81 836 43 65156
516 784 908 11 98 66099 261 91 313 641 632 36 965 67039 67 (300)
97 152 312 57 91 (3000) 418 551 870 78 956 68212 61 71 631 60 83
718 807 63 69007 115 71 305 39 581 610 722 42 47 815
70007 108 57 273 68 428 597 638 39 (3000) 704 824 53 64 94 904 9
71210 27 78 (3000) 433 146 63 (3000) 78 888 72125 207 64 76 636 40
932 51 73137 402 89 503 64 643 53 (300) 55 719 (1500) 54 90 (3000)
95 847 74 98 197 234 399 559 93 940 84 75012 59 1.6 43 372 94 98
443 91 539 675 903 70 76018 91 235 (3000) 301 545 55 654 (500) 73
744 812 33 41 944 54 77040 439 50 71 89 934 78023 93 164 259 436
506 46 698 724 826 916 (3000) 77 79207 300 444 735 853
80059 288 328 360 36 603 725 51 77 81137 62 447 51 (300) 512
82215 341 644 83039 103 61 324 50 89 445 577 637 705 26 42 864
964 93 84120 38 381 92 420 610 (3000) 801 938 85077 677 858 65
902 29 86053 162 219 516 17 78 671 98 87114 20 705 15 884 994
88151 59 543 616 709 48 970 89130 213 324 415 547 77 629 968
90047 (500) 146 232 45 382 474 533 623 76 709 18 73 936 91 99
91077 452 867 92045 645 839 93057 104 32 591 764 76 860 904 18
43 94136 276 405 87 543 614 (3000) 726 (3000) 64 84 89 849 95186
284 335 465 552 644 796 929 30 96111 92 209 366 531 (500) 623 39
51 854 933 41 97000 88 120 62 342 64 99 400 490 796 911 98234
56 572 662 68 933 77 99162 241 (300) 80 (500) 416 87 529 689 721
871 946 80
100045 389 466 529 52 614 49 741 862 (500) 101057 215 305 75
408 510 44 842 (1500) 989 10 2012 18 166 730 (3000) 914 103081 206
83 301 601 80 95 701 59 869 98 959 104055 74 126 98 531 611 13 55
847 (1500) 82 932 56 105034 130 327 471 561 67 718 891 995
106028 134 43 240 61 472 86 515 610 988 107026 50 252 62 92 466
509 48 82 (1500) 711 (300) 812 48 76 923 80 108040 66 82 172 336
49 5 78 586 616 109052 115 273 595 783 93 860 982

Der Kaiser beehrte heute Mittag den zum Vortrage befohlenen Reichskanzler Fürsten Hohenlohe, sowie die gleichfalls zum Vortrage befohlenen Minister v. Köller und Dr. Miquel mit einer Einladung zur Frühstücksstafel.
In der Militärdeputation, welche im Auftrage des Deutschen Kaisers unter Führung des Prinzen Albrecht von Preußen zur Ueberreichung des Marschallstabes an den Kaiser Franz Joseph am 15. d. M. in Wien eintrifft, werden sich befinden: der Chef des Generalstabes Graf v. Schlieffen, die beiden Flügel-Adjutanten Oberst v. Velnes und Oberst Frhr. v. Schele, sowie Oberstleutnant Frhr. von Buddenbrod Heterdorff, Kommandeur des Kaiser Franz-Joseph-Grenadier-Regiments und Oberstleutnant v. Schmeling, Kommandeur des Husaren-Regiments Kaiser Franz Joseph. Zu Ehren der Gäste findet eine Wiederholung der diesjährigen Frühjahrsparade statt.
Wie der „Volkszt.“ aus Breslau telegraphirt wird, ist die Disziplinaruntersuchung gegen die dortigen Studenten, welche den inhärenten Protest gegen die Umsturzvorlage unterschrieben, auf die Vorstellung des Rektors hin niedergeschlagen worden.
Es bestätigt sich, daß in Weimar-Apolda noch einmal der „Kandidat der Ordnungspartei“, der konservative Reichmuth über den Sozialisten Baudert gestiegen hat. Nachdem der offiziöse Draht anfänglich von einem Siege Bauderts zu melden wußte, widerrief er später die sozialistische Siegesnachricht durch die Mittheilung von der Wahl Reichmuths. Dieser erhielt 9556 Stimmen gegen 9440, die auf Baudert fielen. Bei den Wahlen in 1893 stieg bei der Stichwahl der konservative Kandidat mit 12 487 gegen 9 791 sozialistische Stimmen.
W. B. Lübeck, 11. Mai. Das Programm für die Grundsteinlegungsfest des Elbe-Travakanals ist nunmehr wie folgt festgelegt: Der Empfang der Ehrengäste, darunter der preussische Minister, erfolgt am Freitag den 31. Mai Mittags 12 und 1 1/2 Uhr am Bahnhofe durch Senatsmitglieder. Um 3 Uhr findet der Festakt am Burgthorburgricht statt, bei welchem der präbirende Bürgermeister und der Vorsitzende der Kanalbaubehörde Ansprachen halten werden. Hierauf folgt die Ceremonie des Hammerhanges. Um 6 Uhr ist ein Festessen im Rathhause. Die Rückkehr der Gäste erfolgt um 11 Uhr Abends. — Die vom Senat und der Bürgerschaft verfassungsmäßig eingeleitete Entscheidungskommission wegen der Deductionsfrage des Staatshaushaltsministeriums nahm die Vorschläge des Senats auf Erhöhung der Einkommensteuer an und ließ die Frage wegen Einführung der Staatslotterie unentschieden. Für das laufende Budgetjahr ist die Lotterie somit abgelehnt.

Vokales

Posen, 13. Mai.

Der Provinzialverein für Hebung der Fluss- und Kanalschiffahrt in der Provinz Posen hielt Sonnabend Nachmittag im neuen Stadthause eine Ausschusssitzung ab. An derselben nahmen auch Vereinsmitglieder aus der Provinz, Vertreter der Behörden, Schiff-

fahrtsinteressenten und Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordneten theil. Oberbürgermeister Wittig eröffnete die Sitzung um 6 Uhr mit Hinweisen auf die bedeutenden Aufgaben des Vereins. Darauf erstattete Handelskammersekretär Dr. Hampke den ersten Geschäftsbericht, wonach der Verein 180 Einzelmitglieder und mehrere Körperschaften zählt. Nach Berichten der Herren Dr. Hampke und Oberbürgermeister Wittig über den Ober-Warthe-Kanal beschloß die Versammlung eine Resolution dahin, die interessirten Körperschaften in der Stadt und Provinz Posen zu eruchen, an die kgl. Staatsregierung die Bitte zu richten, zur Vornahme der Vorarbeiten für den Ober-Warthe-Kanal die Mittel zu bewilligen. Darauf brachte Stadtbauinspektor Wulsch-Posen eine ausführliche Denkschrift über die Fortführung der dringlich notwendigen Warthereregulirung zum Vortrage. Die Versammlung beschloß, die Denkschrift dem Herrn Regierungspräsidenten durch eine Deputation, bestehend aus den Herren Oberbürgermeister Wittig, General-Landschaftsrath v. Szczyaniacki und Stadtrath Herz überreichen zu lassen mit der Bitte um Befreiung der für die Schiffahrt noch bestehenden Schäden und Mängel. Nach dem Berichte des Herrn Warschauer-Posen über den Entwurf einer Strompolizei-Verordnung für das Lagern von Schiffen in und unterhalb von Posen beschloß die Versammlung, an den Regierungspräsidenten die Bitte zu richten, von der Einführung dieser Polizei-Verordnung einstweilen Abstand zu nehmen. Nach Aoptation der Herren Bürgermeister Schilling-Neusalz und Asch-Posen zu Ausschusssmitgliedern wurde mit der Zeitbestimmung für die nächste Hauptversammlung der Vorstand beauftragt und die Ausschusssitzung darauf um 8 Uhr geschlossen. Am Sonntag fand zur Besichtigung der Warthe eine Dampferfahrt nach Obornik statt. Ausführlicher Bericht folgt.

Eine zahlreiche Versammlung Posener Lehrer, die am Sonnabend Abend im Restaurant Koppe am Alten Markte tagte, beschloß, in der Gehaltsangelegenheit eine aus den Herren Mittelschullehrer Kupke, Lehrer Menzel und Nowakowski bestehende Deputation an den Herrn Kultusminister zu senden. Die Deputation wurde beauftragt, den Herrn Minister zu bitten, auf die städtischen Körperschaften dahin einzuwirken, daß die vom Magistrat vorgeschlagene, von den Stadtverordneten aber abgelehnte Gehaltskala durchgeführt werde. Gleichzeitig wurde in der Versammlung mitgetheilt, daß der Magistrat dem letzten Beschlusse der Stadtverordneten nicht beigetreten ist, denselben vielmehr mit Begleitbericht dem Herrn Kultusminister übersandt hat.

Das Frühjahrs-Wettfahren des Posener Vereins für Radwettfahren auf der Rennbahn im Schilling verlief gestern, von dem sommerlichen Wetter begünstigt, im Besonderen von Tausenden von Zuschauern auf das Aufmerksamste: glücklichsterweise ist auch kein einziger ernsterer Unfall zu verzeichnen gewesen. Das Rennen wurde eröffnet durch ein Neulingsfahren. Es siegten in der Reihenfolge der Nennungen Gregor Venebiz, Hermann Günter, Carl Zeenide (alle drei Radf.-Klub „Germania“ Posen). Nr. II des Programms war ein Vereins-Vorgabefahren des „Radfahrer-Vereins Posen“. Sieger waren Frömbdorff, Bierhold, Kewald. Das Rennen Nr. III war ein Hochrad-Hauptfahren. Es siegten Florian (Berliner Radfahrer-Verein „Vorussia“), Max Strielche (Berlin), Georg Klöber (Radfahrer-Klub „Germania“ Posen). Das bedeutendste Rennen, Nr. IV. Neberrad-Hauptfahren gewannen Max Strielche (Berlin), Goble (Radf.-Klub „Germania“ Posen), Sinz (Einzelfahrer Bromberg). Nr. V. war wieder ein Vereins-Vorgabefahren des Radfahrer-Klubs „Germania“ Posen. Es gingen als Sieger durchs Ziel Goble, Bierhold, Gregor, Venebiz. Ein Hochrad-Vorgabefahren war Nr. VI, in dem F. Florian (Berl. Radf.-Verein „Vorussia“), Max Strielche (Berlin), F. Bierhold (Radf.-Verein Posen und Stadt-Klub „Germania“ Posen) sich die Preise halten. An Stelle des nach dem Programm projektierten Profifahrens mit Vorgabe wurde als Nr. VII ein Neberradfahren mit Vorgabe angehängt, das Frömbdorff (Radfahrer-Verein Posen) gewann. — Ein ausführlicher Bericht folgt im Hauptblatt.

Ein Schlägerei. Gestern Abend 9 1/2 Uhr hat zwischen einem Civiltisten und einem Soldaten der Reserve in der Büttelstraße eine Schlägerei stattgefunden, wobei sich der Soldat des Seitengewehrs bediente und dem Civiltisten mehrere Stöße über den Kopf versetzte. Ein hinzukommender Unteroffizier verhaftete den Reservisten und brachte ihn nach der Hauptwache, während der verletzte Civiltist von einem Schutzmänn nach dem städtischen Krankenhaus gebracht wurde, wo ihm ein Verband angelegt wurde.

Aus der Provinz Posen.

Samter, 12. Mai. [Feuer mit großem Viehverlust.] In der Nacht vom Freitag zu Sonnabend gegen 11 Uhr brach auf dem dem Rittergutsbesitzer v. Zikowski-Wyszowo gehörenden Dominium Raknowo Feuer aus. Es brannte in dem massiven Viehstalle daselbst. Das Feuer griff so schnell um sich, daß an ein Retten des Viehes in dem brennenden Raume nicht zu denken war. So kamen in den Flammen 45 Kühe um. Der durchschnittliche Werth einer Kuh beläuft sich auf ca. 300 M. Außer denselben verbrannten 2 Zuchstiere im Werthe von zusammen 1200 M., sechs Kälber im Gesamtwerte von 700 bis 800 M., sowie ein in dem Bodenraum untergebrachtener Hundorath im Werthe von 1200 bis 1300 M. Da das Gebäude durch eine dazwischen liegenden Futterkammer in zwei Hauptkammern getheilt war, konnte das Feuer auf den andern Stallraum nicht so leicht übergreifen, weshalb aus diesem die Rettung von 18 Kühen und 46 Kälbern möglich war. Das Feuer ist in der Umgegend wenig bemerkt worden, weshalb nur die Spritzen aus Baborowo und Ramontkowo erschienen waren. Der Kubhirt Michalak, welcher in dem Stalle schlief, entging mit Mühe und Noth dem Flammen-tode. Doch hat derselbe so schwere Brandwunden davongetragen, daß er sofort in ärztliche Behandlung genommen werden mußte. Die Ursache des Brandes ist noch unbekannt. Der Schaden wird durch Versicherung gedeckt.

Jutroschin, 12. Mai. [Ordnung.] Am Donnerstags hat der Mühlbauer Babner im benachbarten Wittsch seine Wirthin, eine unberechliche Emille Helbig, durch einen Schrotschuß in den Kopf zu erschließen versucht. Sie ist lebensgefährlich verlegt. Der Thäter entfloh, wurde aber im Gasthause zu Pinskiotzschne festgenommen.

© Piffa i. P., 12. Mai. [Exhumirung.] Vorgestern

wurde die bereits zehn Wochen im Grabe liegende Leiche der Auszuglerin Matens aus Bulke in Gegenwart einer Gerichts-Kommission auf dem evangelischen Kirchhof zu Storchnest zum Zwecke der Sezierung noch einmal ausgegraben. Die W. soll dem Vernehmen nach durch Vergiftung ihren Tod gefunden haben.

Telegraphische Nachrichten.

Friedrichshagen, 11. Mai. In drei Extrazügen trafen nach 11 Uhr mehr als 3000 Westfalen, Damen und Herren, hier ein. Der Einzug in den Park fand um 12 1/2 Uhr unter Vorantritt von Musik statt. Fürst Bismarck wurde jubelnd begrüßt. Fabrikant Schulz-Hagen erinnerte in einer Ansprache an den 10. Mai 1871 als Tag des Friedensschlusses zu Frankfurt a. M. und an den 10. Mai 1851, an welchem Tage Fürst Bismarck in den diplomatischen Dienst eintrat. Redner schloß mit einem Hoch auf den Fürsten, das jubelnd aufgenommen wurde. Sodann erfolgte die Ueberreichung des Ehrengewandtes, das in einem Schmiedeeisernen Kranz besteht. Außerdem brachten vier junge Damen ein Ansichtensalbum der Provinz Westfalen mit poetischen Ansprachen dar. Der Fürst dankte für den Besuch und betonte in seiner Rede, daß die deutsche Bevölkerung in schärfster Weise gerade in Westfalen zum Ausdruck gekommen sei. Der Einfluß der Westfalen auf die Germanisierung der wendischen Länder sei weitreichend gewesen. Der Fürst erinnerte sodann an Bente, Bodelschwingh und Schorlemer, mit denen er teilweise scharf habe kämpfen müssen, wie überhaupt kriegerische Tüchtigkeit die Westfalen mehr auszeichne als friedliche Lebenswürdigkeit. Der Fürst schloß mit einem Hoch auf den König von Preußen und die Westfalen. Nach einem Rundgang zog sich der Fürst bald zum Frühstück mit den eingeladenen Besuchern zurück. Extrazüge brachten darauf die Teilnehmer der Jubiläumspilgerfahrt nach Hamburg zurück.

Frankfurt a. M., 11. Mai. Die „Frankf. Btg.“ meldet aus Bukarest: Der Ministerrat hat sich über Auflösung des Parlaments im September geeinigt und beschlossen, einen diesbezüglichen Antrag seiner Zeit dem Könige als Vertrauensfrage vorzulegen.

Wien, 12. Mai. Der Kaiser, welcher heute früh von Pola wieder hier eingetroffen war, empfing Mittags 1 Uhr im Lainzer Schlosse den Grafen Kalnoy in längerer Audienz. Heute Abend 5 Uhr traf der Kaiser in der Hofburg ein, empfing hier den ungarischen Ministerpräsidenten Baron Banffy und den Baron Josika in Audienz und kehrte darauf nach Schloß Lainz zurück. Eine spätere Meldung besagt, daß der Kaiser heute noch keine Entscheidung über die ihm vom ungarischen Ministerpräsidenten Baron Banffy unterbreiteten Vorschläge getroffen hat. Baron Banffy reist heute Abend nach Budapest zurück.

Wien, 12. Mai. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht das kaiserliche Handschreiben an den Minister des Aeußeren Grafen Kalnoy und die Ministerpräsidenten Fürsten Windischgrätz und Baron Banffy, nach welchem die Delegationen für den 6. Juni nach Wien einberufen werden.

Pola, 11. Mai. Heute früh 8 Uhr lief das Geschwader zu einem Gefechtsmanöver gegen einen supponirten Feind. Das Gefecht, welches äußerst glänzend verlief, war um 11 Uhr beendet. Der Kaiser, der in einem Sendeschreiben an den Admiral v. Sereck seine Anerkennung aussprach, schiffte sich sodann unter Salutschüssen der Schiffe sowie unter stürmischen Hurraufen auf der „Mitramar“ ein.

Rom, 12. Mai. Der Papst empfing heute den Erz-bischof von Bari in Audienz.

Paris, 12. Mai. Der Kriegsminister General Brialmont begab sich heute Vormittag zur Einweihung der neuerrichteten militär-medizinischen Schule nach Lyon. Der Minister wurde mit Hochrufen auf die Armee und die Republik empfangen; bei der Uebernahme des Gebäudes hielt derselbe eine Ansprache, in der er ausführte, die medizinische Schule in Lyon stelle einen der Schlüsselpunkte an dem Werke der französischen Heeresorganisation dar, das nun vollendet sei; Frankreich könne mit Ruhe der Zukunft entgegensehen und seine große Aufgabe in Sicherheit und Frieden verfolgen.

Bordeaux, 11. Mai. Zahlreiche Sozialistengruppen versammelten sich heute vor dem Gebäude, in welchem das Bankett zu Ehren des Ministerpräsidenten stattfand; als dieser und die Minister das Gebäude verließen, versuchten die Sozialisten unter Pfeifen und Geschrei eine Kundgebung gegen dieselben. Die Polizei trieb die Sozialisten auseinander und verhaftete gegen zwanzig Personen. Die übrige Bevölkerung begrüßte Ribot und die Minister lebhaft.

London, 11. Mai. Die „Times“ meldet aus Paris: Der Minister Hanotaux hat die leitenden Pariser Finanzleute zu morgen ins Ministerium des Aeußeren eingeladen, um über die bevorstehende chinesische Anleihe, über die Art und Weise der Mitwirkung der Börse, sowie über die Bedingungen zu berathen, unter welchen das französische Kapital sich gemeinschaftlich an derselben beteiligen könnte.

Amsterdam, 11. Mai. Anlässlich der Eröffnung der Weltausstellung fand gestern Abend im Industriepalaste ein Diner statt, bei welchem verschiedene Ansprachen gehalten wurden. Nach dem Diner wurde ein Feuerwerk auf der Amstel veranstaltet.

Madrid, 11. Mai. Nach einer Depesche aus Havana wird das Eintreffen mehrerer verdächtiger Fahrzeuge in der Nähe von Santiago gemeldet, dieselben werden streng überwacht; man glaubt, daß sich Verstärkungen für die Aufständischen an Bord derselben befinden.

Belgrad, 11. Mai. General Sava Gruic veröffentlicht ein Schreiben, in welchem er den Präfecten von Lazarevatz beschuldigt, einen vorzigen angesehenen Kapitalkredit durch Handhaben über die Seite gebracht zu haben.

Atien, 11. Mai. Der Großfürst Thronfolger von Rußland ist heute hier eingetroffen.

Wien, 15. Mai. Die Wittve des Landesverwesers Grafen Reiningen-Westerburg wurde wegen offener Gewaltthätigkeit, Kuppelerei, Schwindelei und Betruges dem Landgerichte eingeliefert.

Budapest, 13. Mai. Die Nachrichten aus Wien haben auf den liberalen Klub sehr deprimirend gewirkt; man erwartet stürmische Verhandlungen in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses. Es verlautet, Banffy habe dem Kaiser die Demission des Gesamtkabinetts angeboten, dieselbe sei aber nicht acceptirt. — Die Opposition

des Magnatenhauses hat in einer beim Grafen Moricz Esterhazy abgehaltenen Konferenz beschloffen, die kirchlichen Vorlagen abzulehnen.

Rom, 13. Mai. Kalnoy hat in der Angelegenheit Agliardi die ersten Schritte bei der Kurie eingeleitet; die Kurie soll zum Ausgleich geneigt sein.

Oran, 13. Mai. Nach einer Depesche aus Nemours fand am 9. d. Mts. zwischen zwei marokkanischen Stämmen in der Nähe von Oued-Bousria ein blutiger Kampf statt, welcher bis in die Nacht dauerte; den Todten wurden von den Siegern die Köpfe abgeschritten.

Paris, 13. Mai. Gegen 500 angelehene Monarchisten vereinigten sich gestern zu einem Bankett und sandten dem Herzog von Orleans eine Ergebenheits-Adresse.

Madrid, 13. Mai. Ein heftiges Blatt meldet, man habe auf dem Ozean einen Passagier der „Königin-Regentia“ noch lebend aufgefunden, der Mann ist aber wenige Augenblicke nach seiner Rettung verschieden, ohne Aussagen gemacht zu haben.

Madrid, 13. Mai. Bei den gestrigen 27 Municipalratswahlen wurden 18 Ministerielle, 4 Liberale, 4 dissentirende Konservative und 1 Republikaner gewählt. Sämmtliche ministerielle Kandidaten befanden sich unter den Gewählten.

Brüssel, 13. Mai. Bei der gestrigen Eröffnung für die Repräsentanten-Kammer in Thun erhielt der Sozialist Beton 18127 Stimmen, Balsey erhielt 16084, eine Stichwahl ist erforderlich.

Chicago, 13. Mai. Der Ausstand der Arbeiter bei den Illinois-Stahlwerken wird als beendet angesehen. Viele Arbeiter haben die Arbeit wieder aufgenommen.

Produkten- und Börsenberichte.

Bremen, 11. Mai. Börsen-Schlussbericht. Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notierung der Petroleum-Börse.) Höher. 70 3/4 Br.

Baumwolle. Fester. Upland middl. loco 34 1/2 Pf. Schmalz. Kubiger. Wilcox 36 1/2 Pf. Armour shield 35 1/2 Pf. Cudab 36 1/2 Pf. Fairbank 30 Pf.

Svef. Kubiz. Short clear middling loco 31 1/2 Pf. Tabak. Umsatz: 24 Faß Kentucky, 84 Faß Stengel, 1535 Baden Brafil.

Samburg, 11. Mai. (Schlussbericht.) Kaffee. Good average Santos per Mai 77 1/2, per September 76, per Dezbr. 73 1/2, per März 72 1/2, Matt.

Samburg, 11. Mai. (Schlussbericht.) Zuckermarkt. Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pSt. Rendement neue Ukraine, frei an Bord Hamburg per Mai 10,37 1/2, per Juni 10,02 1/2, per August 10,65, per Oktober 10,62 1/2, zettig.

Paris, 11. Mai. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Weizen rubig, per Mai 19 65, per Juni 19 80, per Juli-August 19 70, per September-Dezember 19 85 — Roggen rubig, per Juni 11 25, per September-Dezember 2 50 — Weizen matt, per Mai 43 20, per Juni 43 45, per Juli-August 41 10, per September-Dezember 44 65.

Telephonischer Börsenbericht.

Berlin, 13. Mai. Weiter: Veränderlich. Newyork, 11. Mai. Weizen per Mai 67, per Juli 67 1/2

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Rubel = 3,20 M. 1 Gulden österr. W. = 1,70 M. 7 Gulden südd. = 12 M. 1 Gulden holl. W. = 1,70 M. 1 Franco, 1 Lira oder 1 Peseta = 0,80 M.

Table with multiple columns containing financial data, including bank discounts, iron railway stocks, iron railway obligations, and various bonds. Columns include descriptions of securities, their values, and exchange rates.